

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Kraftschrift: Kegelblatt Riesa.  
Genuss Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröbba.

Hochschulamt Dresden 1599  
Stroßstraße Riesa Nr. 22.

Nr. 196.

Mittwoch, 23. August 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 41.— Mark ohne Frangolin. Einzelnummer 250 Mark Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundzeile (6 Silben) 8.— Mark; mitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufsatz, Nachweilung- und Vermittlungsgebühren 2.— Mark. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungen- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Sähnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Vertikales und Sächsisches.

Riesa, den 23. August 1922.

— Nichtamtlicher Bericht über die gestern abend von 8 Uhr ab in der Oberrealschule abgehaltene öffentliche Sitzung der Stadtverordneten. Vom Kollegium fehlten die Herren Stadtv. Weyer und Richter. Am Ratsische hatten Herr Stadtrat Gutacker und Herr Stadtdirektor Quaschnick Platz genommen. Der Redneraum war schwach besetzt. Die Sitzung leitete Herr Vorsitzender Gantner.

Die Errichtung von zwei neuen Beamtenstellen (Obersekretär- und Sekretärstelle) wurde genehmigt. Es lag vor der 10. Nachtrag zur Ortschulordnung, der die bisherige Bestimmung bekräftigt, daß bei der Wahl des Ortsrates die einberufende Elternversammlung von mehr als einem Drittel der Wahlberechtigten besucht sein muß. Der Nachtrag wurde angenommen.

Für Vorrichtungssarbeiten in den Volksschulen wurden 23200 M., für Malerarbeiten in der Oberrealschule 14400 M. nachverwilligt. Hinsichtlich der Volksschulen wurde ein Antrag Wende angenommen, nochmals an die Schulleiter heranzutreten und feststellen zu lassen, in wieviel Schulzimmern der nicht ausgeführte Wandtafelanstrich notwendig ist und eventuell den Anstrich in den Michaelisklassen ausführen zu lassen.

Der Rat hat sich damit einverstanden erklärt, daß seit 1. Juli d. J. zu einem besseren Schutz eine dienstfreie Polizeistellung von 4 Mann während der Nachtzeit von 9 Uhr bis 2 Uhr zum Dienst herangezogen wird. Die Kosten von 10 M. für die geleistete Überstunde sollen als Polzeiaufwand in den Haushaltsplan eingestellt werden. Die Einrichtung soll nur so lange wie nötig aufrechterhalten werden. Die Linke sprach sich gegen diesen Ratsbeschluss aus. Die Sozialdemokraten ließen erklären, daß sie die Maßnahme nicht zu einer dauernden Einrichtung wollen werden lassen. Nur solange Polizeibeamte in den Ferien seien, sollten sie durch dienstfreie Beamte ersetzt werden. Die Vergütung für die Überstunde müsse auf 25 M. hinaufgesetzt werden. Stadtv. Schneider (Soz.) stellte einen entsprechenden Antrag. Die Unabhängigen wollten die bis jetzt geleisteten Überstunden bewilligen, in Zukunft aber keine mehr. Herr Stadtrat Gutacker verteidigte den Ratsbeschluss, der nur eine vorübergehende Maßnahme vorsehe, die von einer ganzen Anzahl Vorstände veranlaßt worden sei. Der Polizeibeamte könne sich als Einzelner bei Überforderungen nicht nachdrücklich durchsetzen. Wenn die Beamten die Vergütung von 10 M. für zu gering erklärt und auch sonstige Beschwerden geäußert hätten, so könne er nicht verstehen, weshalb sie ihre Wünsche nicht bei ihrer eigenen Beamtenschaft zum Ausdruck gebracht hätten. Der Polizeiminister Ripplstieß selbst habe die Ansicht vertreten, daß Beamte vorübergehend einmal mehr Dienst tun müßten als 8 Stunden. Herr Vorsitzender Gantner erklärte, daß von einer vorübergehenden Maßnahme keine Rede sein könne, daß das Gindeckeln mit der Sipo wieder hergestellt werden möchte und daß bei der Leitung unserer Polizei ein anderer Geist einziehen müsse. Zu der von linker Seite geäußerten Ansicht, daß die einzelnen Einwohner von sich aus Schutz stellen könnten, erklärte Herr Polizeikommissar Meude (Bürgerl.), es dürfe nicht als Grundlag erhoben werden, daß der allgemeine Schutz Sache des Einzelnen sei. Wir müßten den Schutz, den der Einzelne notwendig habe, von der Allgemeinheit herstellen. Ein bürgerlicher Antrag, die Angelegenheit bezüglich der Höhe der Vergütung für die Überstunden nochmals an den Rat zurückzuverweisen, im übrigen die Ratsvorlage aber anzunehmen, wurde abgelehnt. Hierauf wurde auch die Ratsvorlage abgelehnt, der Antrag Schneider (Soz.) dagegen angenommen.

Beschlossen wurde der Beitritt zum Bilderhändlern- und deutscher Städte, der zu günstigen Bedingungen den Bezug bestehender Filme für den kinematographischen Apparat der Schule ermöglicht. Angeregt wurde, daß solche Filme auch der Verein für Volksbildung besitzen möge.

Als Vertreter der Bürgerchaft wurden in den Pflanzenschutz des Wohlfahrtsverbandes gewählt Frau Berger, Herren Richard Thomas, Wänsner, Pabel und Gähler. Die Gewählten haben dem Ausschuss bisher schon angehört.

Die Entscheidung des stellvertretenden Fürsorgearztes wurde auf 4500 M. erhöht.

Die Vorlage über Gründung einer neuen Beamtenanwärterstelle wurde an den Rat zurückverwiesen. Der Rat soll versuchen, die Stelle eines Beamtenanwärters im Vorbereitungsamt durch Ausschreibung zu besetzen.

Für die Wahl des Bezirksvorstehers für den 8. Bezirk wurden dem Rat in Vorschlag gebracht Frau Schrotz, die das Amt bisher inne gehabt hat, sowie Frau Wegler und Frau Schneider.

Im Grundstück Wettinerstraße 26 soll der Einbau einer Wohnung erfolgen. Die diesbezügliche Vorlage wurde angenommen.

Eine Ratsvorlage, betr. den Ausbau der Streblauer Straße, war vom Rats wieder zurückgezogen worden, da neue Momente aufgetreten seien, die eine erneute Prüfung der Angelegenheit erforderlich machten. Das Kollegium trat aber doch in die Beratung der Vorlage ein. Die Gemeinde Gröbba pflichtet jetzt der ihr gehörigen Teil der Streblauer Straße. Es bleibt nun auf Rieser Seite, zwischen dem Grobber Pfahler und dem Pfahler unter der Eisenbahnbrücke, ein etwa 10 laufende Meter großes Straßenstück ungepflastert liegen. Der Bauausschuss und der Rat hatten beschlossen, dieses Stück auch pflastern zu lassen. Die Steine will die Gemeinde Gröbba zum Selbstkostenpreis abgeben. Die Kosten werden augenblicklich auf etwa 70000 M. veranschlagt. Vom Stadtbauamt ist nun erklärt worden, daß die Unterhaltungs-

## Heutiger Dollarkurs (amtlich): 1488 Mark.

kosten für das Straßenstück, wenn es ungepflastert bleibt, kaum soviel ausmachen würden, wie die Kosten der durch die vorzunehmende Pflasterung entstehenden Kosten. Die Aufwendung der 70000 M. erscheint daher angefaßt unserer Finanzlage nicht gerechtfertigt. Aus diesen Erwägungen heraus hatte der Rat die Vorlage vorläufig zurückgezogen. Die Herren Stadtv. Wehlichorn und Schinkel erklärten die Pflasterung für dringend notwendig, da sonst dort unerfreuliche Zustände sich herausbilden würden. Das Kollegium beschloß denn auch, dem Rats die Ausführung der Pflasterung zu empfehlen.

Die Aufhebung der Vorschrift der Straßenpolizeiverordnung, wonach außer der Steuernmarkte die Hunde noch ein Schild tragen müssen, auf dem der Name des Besitzers angegeben ist, wurde gutgeheißen.

Von der Abrechnung über die Kartoffelverteilung an die Sozial- und Kleinrentner im letzten Frühjahr wurde Kenntnis genommen und 5226 M. nachverwilligt. Der Zentralverband der Arbeitssoliden ist an den Rat mit dem Ersuchen heranzutreten, auch im kommenden Winter die Sozialrentner mit verbilligten Kartoffeln und Heizmaterial zu versorgen. Herr Stadtv. Wehlichorn und Herr Vorst. Gantner unterstützten diese Bitte. Herr Stadtrat Gutacker erklärte, daß entsprechende Maßnahmen vom Wohlfahrtsamt getroffen werden würden. Er möchte auch sonst Angaben über die von der Stadt in der Kartoffelverteilung eingeleiteten Schritte, wobei er bemerkte, daß die Anmeldungen zum Kartoffelbesitz durch die Stadt nicht allzu groß seien. Herr Vorst. Gantner bemerkte, daß viele sich nicht gemeldet hätten, weil sie das erforderliche Geld nicht besäßen. Den Verarmten der Armen aber müsse geholfen werden. Herr Stadtv. Wehlichorn hat insbesondere noch, auch die Versorgung mit Heizmaterial ins Auge zu fassen, vielleicht ließen sich die hiesigen Industriellen zur Abgabe von verbilligtem Holz herbei.

Der Beitrag für den Heimatclubverein wurde auf jährlich 120 M. erhöht. Herr Vorst. Gantner erinnerte hierbei daran, daß feinerzeit die Klostergedäude für das Heimatmuseum zur Verfügung gestellt worden seien. Die Sammelstücke des Vereins Heimatmuseum seien in ganz unzulänglicher Weise untergebracht. Die Stadt feiere nächstes Jahr ihr 300jähriges Jubiläum und es werde mit der Feier vielleicht ein Heimatfest verbunden werden können. Bis dahin möchte das Heimatmuseum fertig sein, damit es am Feiertag gezeigt werden könne. Es empfehle sich, die Vorbereitungen schon jetzt in die Wege zu leiten.

Der 4. Nachtrag zur Wasserwerkordnung und der 6. Nachtrag zur Gasbezugsordnung wurden genehmigt. Darnach werden die Preise künftig nach Anhörung des Gas- und Wasserwerksausschusses durch den Rat festgesetzt. Herr Vorst. Gantner hält es für erwünscht, daß entsprechend der Erhöhung der Gaspreise auch die ausgeworfene Summe für Verbilligung des Gases an Minderbemittelte erbt wird.

Wegen Uebernahme des Eisbades in städtischen Besitz ist mit dem Besitzer, Herrn Grohe, verhandelt und ein Vertrag abgeschlossen worden. Darnach wird das Bad für 150000 M. an die Stadt abgetreten. Herr Grohe verpflichtet sich, während der Baubegleit als Aufsichtsperson sich zur Verfügung zu stellen und wird dafür eine Entschädigung erhalten in der Höhe des ortsüblichen Tageslohnes eines Schiffs. Für die Tätigkeit seiner Frau wird ihm der Verkauf von Eis- und Rauchwaren gestattet, außerdem wird ihm die Verleihung der Badewäsche überlassen. Die Vorlage wurde einstimmig angenommen.

Zur Vornahme von Bauarbeiten im Grundstück Bahnhofsstraße 17 wurden 8000 M. bewilligt. Es handelt sich um die Beschaffung eines Raumes für die Kriegsbeschäftigtenfürsorge.

Bewilligt wurden ferner die Mittel zur Vornahme von Reparaturarbeiten in Kasernen 2/68. Hierbei wurde mitgeteilt, daß diese Kasernen nunmehr nach ziemlich schwierigen Verhandlungen in städtischen Besitz übergegangen ist. Die Gebäude sollen zu Wohnzwecken verwendet und in ihnen etwa 34 Wohnungen erstellt werden. Mößli davon will eine hiesige Firma auf eigene Kosten ausführen.

Die Abschlagszahlungen an die Düngerabfuhr-gesellschaft wurden auf monatlich 12100 M. erhöht ab 1. Juli d. J.

Bauausschuss und Rat haben beschlossen, in den Sommer die Weg möglichst bald die Schleiße einzulegen. Der Bauausschuss hat darauf hingewiesen, daß daraus wahrscheinlich die Weiterführung der Vorflutschleife notwendig machen wird. Die Kosten des Schleusenbaus werden auf 44000 M. berechnet, wovon die Hälfte, 22000 M., von der Eisenbahnerbaugesellschaft und der Firma Molsch aufzubringen sein würde. Herr Stadtrat Gutacker erklärte, der Einbau der Schleife sei deshalb zu empfehlen, weil wir jetzt noch von den Anliegern einen hohen Anteil an den Kosten erhielten. Würde die Stadt den Schleusenbau jetzt ablehnen, dann könnte sie in der Zukunft gezungen sein, die Schleife anzulegen, ohne daß sie hierzu einen Beitrag erhielte. Die Vorflutschleife brauche vorläufig noch nicht weitergeführt zu werden. Die Kreisbauhauptmannschaft werde auch kaum auf eine einfache Beschwerde hin die Weiterführung sofort verlangen. Herr Wänsner erklärte, daß es bei den 44000 M. jedenfalls nicht bleiben, sondern der Anschlag an die Vorflutschleife von der Stadt erzwungen werden würde. Aus der Sache ergebe sich, daß Baugenehmigungen an Straßen, die keine Schleife haben, nicht mehr ausgesprochen werden dürften. Der Vorlage wurde hierauf zugestimmt.

Anstelle des Herrn Direktor Reber ist Herr Studentent Paul Schumann in das Kollegium eingetreten, dem Herr Vorst. Gantner begrüßte.

Auf Anfrage des Herrn Stadtv. Johne erklärte Herr Stadtrat Gutacker, daß die oberbehördliche Genehmigung für Errichtung des Kaufmanns- und Gewerbeerichts eingegangen sei und die Wahlen demnächst ausgeschrieben würden. — Herr Stadtv. Schneider bat um Auskunft über den Stand der Eingemeindungsfälle Riesa-Gröbba, der Uebernahme des Beerdigungswesens in städtische Regie und der Schaffung von Badeeinrichtungen im Schlachthof und Krankenhaus. Herr Stadtrat Gutacker erklärte, daß eine Denkschrift in der Frage des Beerdigungswesens in Bearbeitung sei. Ueber die beiden anderen Fragen werde Herr Bürgermeister Dr. Schelber Auskunft geben können. — Herr Stadtv. Wehlichorn rügt, daß man so wenig über die Tätigkeit anderer Preisprüfungsanstalten höre. Sicherlich gebe es doch auch bei uns für ihn genug Arbeit. Redner fragte über die unermittelten Erhöhungen der Butter-, Margarine- und Fleischpreise. Die Wänsner machten es nicht anders und das Brot könne man nur noch eine Zeit lang nennen. Herr Stadtv. Piesch erklärte, daß so wie Herr Wehlichorn sie gebildet habe, die Dinge nicht lägen. Die wirtschaftlichen Not, die die Verbraucher befielen, hätten die Geschäftsteile auch. Es sei leicht zu kritisieren, aber schwer, zu sagen, was zu tun sei, wenn das Einkommen plus Verdienst in der nächsten Woche nicht mehr ausreichen zum Einkauf. Herr Stadtv. Johne empfahl zur Abhilfe die Errichtung von Großschlachtereien und -Wärdereien und auch zur Erhöhung, im Rittentum einmal ein Preisbeschließen abhalten, um die Preise zu senken. Herr Stadtv. Freiler erklärte, daß im Prüfungsausschuss viel gearbeitet werde, aber nur wenig zu erreichen sei. Herr Stadtrat Gutacker ging ebenfalls auf die Tätigkeit des Ausschusses ein und schilderte deren Schwierigkeiten. Ein angemessener Gewinn müßte dem Handel bleiben, obwohl gerade in dieser Frage sehr schwierig das Richtige zu treffen sei. Die Salutarmaßnahmen und der Druck des Berliner Vertrages richteten unser Wirtschaftsleben an. Herr Stadtv. Piesch erwiderte Herrn Johne: Bringen Sie uns billiges Fleisch, dann haben Sie billiges Fleisch. Wenn die Fleischpreise sinken würden und wenn sie sich den Achtstundentag und all die schönen Errungenschaften der Revolution annäheren machten, dann würde das Fleisch 150 Mark kosten. Die von Herrn Johne empfohlenen Experimente hätten schon mancherorts Schiffbruch erlitten und auch mit den Probe-schlachtungen habe man schlechte Erfahrungen gemacht. — Herr Wänsner. Wende möchte darauf aufmerksam, daß feinerzeit beschlossen worden sei, daß die Straßenbahn, wenn sie ein Vierteljahr in städtischem Besitz sei, Abrechnung legen solle. Das Vierteljahr sei jetzt um, und er bitte daher um Vorlegung der Rechnung. Herr Stadtrat Gutacker erklärte, daß er von dem Wünsche Kenntnis nehme.

Schluß der öffentlichen Sitzung 110 Uhr.

— Verbilligte Kartoffeln für die bedürftige Bevölkerung. Um den ärmsten Kreisen der Bevölkerung die Feuerung wenigstens für das notwendige Holzabgabemittel, die Kartoffel, nicht allzu hoch zu stellen, hatte die Amtshauptmannschaft Großenhain Vertreter der landwirtschaftlichen Organisationen und der Gewerkschaften zu einer Aussprache über eine freiwillige Abgabe von Kartoffeln unter dem Tagespreise geladen. Der Amtshauptmann hob einleitend hervor, daß bezüglich der Getreidemenge im Bezirk der Amtshauptmannschaft Großenhain, dank dem Entgegenkommen der landwirtschaftlichen Organisationen, keinerlei Differenzen entstanden seien und er hoffe, daß auch die Aussprache über die Kartoffelverteilung zu einer Verständigung führen werde. Um so leichter sei es dann, der städtischen Selbsthilfe, die auch von den Vertretern der Gewerkschaften nicht als eine gerechte Regelung anerkannt werde, zu beugen. Nach längeren Verhandlungen, bei denen die Aufstellung des Amtshauptmanns von allen Anwesenden gebilligt wurde, kam man zu folgender Vereinbarung: Die Vertreter der landwirtschaftlichen Bezirksvereine eruchen ihre Mitglieder, der Amtshauptmannschaft innerhalb der nächsten 3 Wochen eine Liste derjenigen Erzeuger zur Verfügung zu stellen, die zur Abgabe verbilligter Kartoffeln bereit seien mit gleichzeitiger Angabe des in Frage kommenden Quantums. Ueber die Verteilung, sowie die Preisgestaltung, sollen dann die Vertreter der beteiligten Organisationen gemeinsam mit der Amtshauptmannschaft beschließen. Es sei jedoch schon jetzt darauf verwiesen, daß die Abnahme der bereitgestellten Kartoffeln direkt in der Erntezeit erfolgen muß und die Gewerkschaften die Bezugsberechtigten hieran vorbereiten möchten. Die Abgabe wird nur erfolgen können an die Bedürftigsten, Sozialrentner, Kriegshinterbliebenen und andere mehr. Die Kontrolle über eine gerechte und unparteiliche Regelung erfolgt durch die Amtshauptmannschaft.

— Auto-Unfall. Wie uns berichtet wird, erlitt gestern nachmittag in der 6. Stunde auf der Straße nach Seerhausen, unweit Calbitz, ein Rieser Auto einen nicht unbedeutlichen Unfall. Beim Verlassen, an der abschüssigen Stelle in voller Fahrt an einem beladenen Getreidemagen vorbeizufahren, kreifte es einen Baum. Bei dem dadurch verursachten starken Stoß wurde die im Auto sitzende Dame herabgeschleudert und hat anscheinend schwere Verletzungen erlitten. Das Auto wurde an der linken Seite stark beschädigt, konnte aber die Rückfahrt nach Riesa wieder antreten. Es sollte dies wiederum eine Warnung für Autofahrer sein, nicht rücksichtslos auf einer solchen verkehrsreichen Straße, wie gerade die Seerhausener ist, dahinzufahren. Sie sehen nicht allein sich und ihre Mitfahrenden, sondern auch die Fußgänger und den sonstigen Verkehr in die größte Gefahr. Den Fußgängern ist es oft nicht möglich, rechtzeitig und richtig auszuweichen oder sonst Schutz